

Sehr geehrte Damen und Herren,

als unmittelbar Betroffener darf ich im Begutachtungsverfahren zum komplex Modernisierung der Finanzverwaltung wie folgt Stellung nehmen.

Nachdem die politische Entscheidung gefallen und die Planungsarbeiten schon erheblich fortgeschritten sind, wird auf grundsätzliche Ausführungen zur geplanten Modernisierung der Finanzverwaltung verzichtet und nur zum geplanten Bundesgesetz über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung (Artikel II des geplanten Gesetzespaketes) Stellung bezogen.

Die „Zuweisung“ der Bediensteten auf die neuen Arbeitsplätze per Gesetz erscheint in dieser pauschalen Form gleichheits- und damit verfassungswidrig.

Für einen Großteil der Betroffenen (Finanzamt und Zollamt) mag es gerechtfertigt sein, dass die Überleitung der Arbeitsplätze von der Dienstbehörde Finanzamt/Zollamt zur Dienststelle Finanzamt/Zollamt per Gesetz und nicht mittels tausenden individuellen Bescheiden erfolgt, da für den größten Teil dieser Betroffenen der Arbeitsplatz und die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung nicht geändert werden.

Nicht so aber für die Bediensteten des neu errichteten „Amtes für Betrugsbekämpfung“ (und hier insbesondere für den Bereich Finanzstrafbehörde) und des neu errichteten „Prüfdienstes für lohnabhängige Abgaben und Beiträge“: Diese Bediensteten werden per Gesetz und somit ohne jede Möglichkeit der Stellungnahme und ohne jeden Rechtsschutz der Betroffenen zu völlig neu errichteten Behörden zugewiesen. Diese pauschale Gleichbehandlung erscheint verfassungswidrig, wird doch Ungleiches gleich behandelt.

Gerade beim Amt für Betrugsbekämpfung und hier beim Geschäftsbereich Finanzstrafsachen wird dies evident: 40 Finanzstrafbehörden (einschließlich Teams bei der Finanzstrafbehörde Wien) bei den bisherigen Finanzämtern werden aufgelöst und deren Bedienstete dem neu geschaffenen Amt für Betrugsbekämpfung „zugewiesen“. Nach den bislang kolportierten Nachrichten sollen anstelle dieser 40 Finanzstrafbehörden (einschließlich Teams der Finanzstrafbehörde Wien) 19 Teams entstehen mit völlig neuen Strukturen, örtlichen Zuständigkeiten, Vorgesetzten und Aufgabenbereichen. Zumindest 21 bisherige Leiter der Finanzstrafbehörden (Teamleiter der Finanzstrafbehörde Wien) bleiben quasi „auf der Strecke“.

In diesem Zusammenhang stimmen die Erläuterungen („...die Bediensteten werden eo ipso auf einem Arbeitsplatz, der ihrem bisherigen entspricht, verwendet...bewirkt auch keine Aushöhlung des dienstrechtlichen Versetzungsschutzes, da damit sichergestellt wird, dass keine Änderung der Aufgaben des jeweiligen Arbeitsplatzes, keine Änderung der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der Bediensteten sowie keine Änderung des Dienstortes eintritt und somit darüber hinaus die Schutzbestimmungen aufgrund der schonendsten Variante auch gewährt wären.“).

Hier wird per Gesetz unverhältnismäßig in die Schutzrechte der Betroffenen eingegriffen, zudem der absolute Versetzungsschutz des § 27 PVG ausgehebelt. Die Betroffenen werden durch diesen Eingriff in ihre Schutzrechte in ihrem berechtigten Vertrauen auf die bisherige Rechtslage massivst beschnitten. Per Gesetz erfolgt eine „Zuweisung“ (Versetzung) vom Finanzamt zu der neu errichteten Behörde Amt für Betrugsbekämpfung ohne jede Möglichkeit, bei der bisherigen Dienstbehörde bzw neuen Dienststelle Finanzamt bleiben zu können.

Insbesondere § 2 Abs. 1 und Abs. 3 des Bundesgesetzes über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung erscheinen vor diesem Hintergrund verfassungsrechtlich äußerst bedenklich.

Hochachtungsvoll

Dr. Walter Blenk